

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF



Protest am Margit-Horváth-Zentrum gegen die Zerstörung von Infotafeln

Fünf der Info-Tafeln des Historischen Lehrpfades, der rund um das ehemalige KZ-Außenlager Walldorf und das dortige Begegnungszentrum führt, wurden aus dem Erdboden gerissen und stark beschädigt.

Mit einer Kundgebung protestierten 200 Teilnehmer am „Margit-Horvath-Zentrum“. Sie setzten damit ein Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Gewalt.

Bürgermeister Thomas Winkler: „Wir sind erschüttert, dass es zu einer

solchen Zerstörung an einem Ort gekommen ist, der ein Höchstmaß an Respekt, Achtung und Geschichtsbewusstsein verlangt“.

Schon mehrmals wurden Informations- und Gedenktafeln des Lehrpfades beschädigt. Man muss davon ausgehen, dass die Verwüstungen kein Werk von jugendlichen Wirrköpfen sind. Auch im Kreis Groß-Gerau gibt es Rechtradikale, die dazu bereit und fähig sind. „Was für Menschen sind es, die solche Tafeln zerstören?“

fragte eine Studentin in ihrer Ansprache bei dieser Kundgebung.

Die für die Organisation der Veranstaltung verantwortliche Museumsleiterin Claudia Battistella machte deutlich, dass sie „Mörfelden-Walldorf“ als „offene, vielseitige und hilfsbereite Stadt“ kennengelernt habe. Wer die Tafeln des Lehrpfades schände, „beschädigt die Würde der Frauen und Mädchen, die damals in dem Lager inhaftiert waren.“

In unserer Stadt gibt es viele Gruppierungen, die aktiv gegen die Rechts-

entwicklung auftreten, wie die Margit-Horváth-Stiftung, das Integrationsbüro, die Aktion Toleranz, die VVN und die „Omas gegen Rechts“. Es gibt ein Bündnis für Respekt und Toleranz - gegen Rechtsradikalismus und Rassismus. Angesichts der aktuellen Entwicklung ist wichtig: „Mitmachen!“

Die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) und die „Omas gegen Rechts“ bei der Kundgebung.

Was für ein ungeheurer Skandal!

Die anonymen Morddrohungen gegen Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Hessischen Landtag, macht uns betroffen. Kurz danach wurden viele weitere Drohungen dieser Art bekannt!

Private Daten der Politikerin wurden von einem Polizeicomputer abgefragt. Die Ermittlungsbehörde kennen die Fakten seit Jahren und haben nichts getan.

Diese erneuten Angriffe auf Personen, die sich für Demokratie und gegen Rassismus engagieren, sind Beispiele dafür, dass der Rechtsextremismus in unserem Land wächst. Es handelt sich nicht um verwirrte Einzeltäter. Wir müssen wachsam bleiben und den Nazis engagiert entgegen treten. Auch in unserer Stadt.

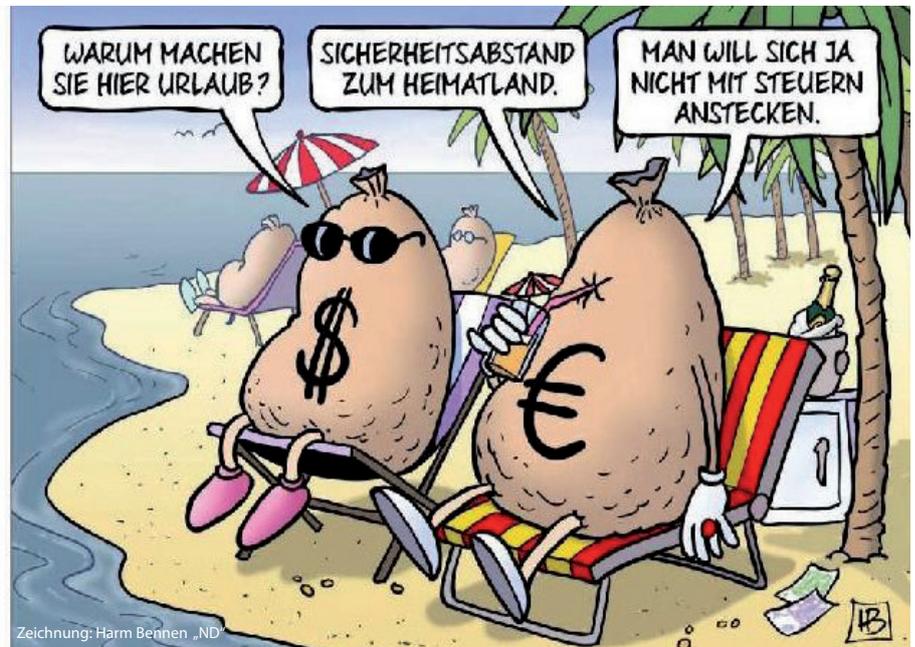


Arme sind Verlierer

Corona - die Ärmsten sterben zuerst

Noch vor einigen Monaten hieß es, das Coronavirus sei der große Nivellierer, vor ihm seien alle Menschen gleich. Inzwischen aber wird deutlich: Der Erreger bevorzugt Orte, an denen das Geld fehlt. Covid-19 wird zur Pandemie der Armen, ob es sich um Fleischverarbeiter in Deutschland handelt, um migrantische Erntehelfer in Italien, schwarze Menschen in den USA oder um Geflüchtete in Lagern, Wohnheimen und auf den Feldern.

Die Armen sind besonders von der Pandemie betroffen. Das Virus findet bei den Minderbegüterten gute Voraussetzungen, denn sie leben oft in beengten und hygienisch schlechteren Verhältnissen. Auch in der Pandemie müssen sie weiter zur Arbeit gehen, nicht obwohl, sondern weil die Arbeit ihnen wenig einbringt und wenig eingebracht hat – finan-



zielle Reserven fehlen. Und wenn sie überhaupt Lohnersatzleistungen beziehen, sind diese zu gering, da sie nur einen Teil des Verdienstes ersetzen, der bereits zu niedrig war. Arme Menschen haben meist eine schlechte oder keine Gesundheitsversorgung. Sie ernähren sich schlechter, gehen krank zur Arbeit und sind es gewohnt, ihren Körper und ihre Gesundheit zu missachten - ein Ver-

halten, das der Arbeitsplatz häufig von ihnen verlangt und die quasi eine Zugangsvoraussetzung für ihren Job darstellt.

Arme gehen daher seltener zum Arzt. Damit ist Armut nicht bloß eine ungünstige Ausgangsbedingung für das Leben in der Pandemie. Sie ist das ganze Problem. Noch vor einigen Monaten hieß es, nach Corona würde alles anders werden.

Bernhard Brehl ist nicht mehr unter uns. Erwareine bemerkenswerte Persönlichkeit.

Im Alter von 78 Jahren starb der frühere Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf am 6. Juli 2020. Mit Bernhard Brehl verliert die Stadt einen engagierten und über Jahrzehnte tätigen Kommunalpolitiker. Wir hatten viele Diskussionen mit ihm, aber in seiner Amtszeit wurden auch viele unserer Initiativen umgesetzt. Darüber wird heute noch oft gesprochen. Über 30 Jahre hat er die Politik unserer Stadt nachhaltig geprägt. In seiner Amtszeit fielen die bewegten Jahre der Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn West. Brehl war in der heißen Phase dieses Konfliktes von 1979 bis 1984 einer der Köpfe der breiten Protestbewegung. Er war immer einer der kommunalen Wortführer der Flughafenausbaukritiker und hat sich von dieser Haltung auch gegenüber seiner eigenen Partei nicht abbringen lassen. Einem räumlichen Zusammenwachsen der Stadt auf über 70.000 Einwohner sagte er früh den Kampf an. Daran denken wir heute, wo viele örtliche Politiker diesen Wahnsinn wieder aufgreifen. Sein persönliches Engagement für mehr Schutz vor Fluglärm, Schadstoffen, Flächenversiegelung und Landschaftsverbrauch werden wir nicht vergessen. Unsere jahrelangen Forderungen nach einer Aufarbeitung der Geschichte der Nazizeit hat er aufgegriffen. Es kam zur vorbildlichen Aufarbeitung. Zeitzugehen der KZ-Außenstelle wurden eingeladen, das Horváth-Zentrums gegründet. Bernhard Brehl war gerne unter Menschen, immer ansprechbar und erreichbar. So wird er uns und vielen in guter Erinnerung bleiben.

Sigmar Gabriel

Der SPD-Ex-Vizekanzler erklärt seiner Partei gern, ihr gehe es vor allem deshalb so schlecht, weil sie die Wirtschaft (also die Großkonzerne) vergraulen, statt ihre Steuerlast zu senken. In seinem Kopf ist kein Raum für den Gedanken, dass neoliberale Politiker wie er selbst, aber auch Typen wie Gerhard Schröder oder Wolfgang Clement, die Totengräber der SPD sind. Nun wurde Gabriel als Berater des Fleischmoguls Tönnies enttarnt. Er verhöhnt damit all die Menschen, die unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen in den Schlachtfabriken des Milliardärs und anderer Ausbeuter schufteten und alle, die sich für Hungerlöhne krumm machen müssen. In der einstigen Arbeiterpartei SPD ist Gabriel alles andere als eine Ausnahme.



75 Jahre nach dem atomaren Massenmord fordern wir:

US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen statt atomare Teilhabe der Bundeswehr!

Geld für das Gesundheitswesen statt für neue Kampfjets!

Dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten – Atomwaffen ächten und abschaffen!

Nach den Plänen von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer sollen US-Kampfjets angeschafft werden, um für die US-Atombomben in Büchel die „atomare Teilhabe“ der Bundeswehr sicher zu stellen. Diese Pläne werden uns zu einer Zeit präsentiert, da die Sicherheit der Menschen grenzüberschreitend nicht durch Kriegs-

drohungen aus Russland, sondern durch eine tückische Viruspandemie bedroht ist. Nicht durch Massenvernichtungswaffen, sondern nur mit internationaler Zusammenarbeit kann dieser schweren Bedrohung der Sicherheit der Menschen wirksam entgegengetreten werden. Nicht die NATO-Aufrüstung, sondern eine engagierte Friedenspolitik und eine großzügige finanzielle Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation WHO ist unsere Forderung an die deutsche Regierung und die Staatengemeinschaft!

**Nie wieder Krieg!
In die Zukunft investieren statt aufrüsten!**

Für die Gewerkschaften ist der Antikriegstag am 1. September ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal. Mit seinem Überfall auf Polen riss Nazi-Deutschland 1939 die Welt in den Abgrund eines bestialischen Krieges, der unermessliches Leid über die Menschen brachte und

60 Millionen Tote forderte. 75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an diese zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen von Holocaust-Opfern zu gedenken, die von den Nazis ermordet wurden. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! So lautet unumstößlich die Lehre, die Gewerkschaften aus der Geschichte gezogen haben – und für die wir uns heute wieder mit all unserer Kraft stark machen müssen.

Abrüstung bleibt der Schlüssel für die Lösung der sozialen und ökologischen Fragen in jedem Land und der globalen internationalen Herausforderungen. Abrüstung ist aber auch die einzige Antwort für eine verantwortliche internationale Politik, bedeutet doch Abrüstungspolitik auch immer Kooperation, Dialog und friedliche Lösung von Konflikten.

Die deutsche Bundesregierung muss den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnen.

(Aus Stellungnahmen der Friedensbewegung und des DGB)

Drei Millionen

Aktuell wird gemeldet: Es gibt fast drei Millionen arme Kinder in Deutschland. Seit Jahren beklagen nicht nur Sozialverbände diesen unwürdigen Missstand. Man weiß: Vermögen wird vererbt, Armut auch!

Was diese Kinderarmut bedeutet, sollte man wissen: Kinder gehen nicht zum Geburtstag der Freundin, weil kein Geld da ist für ein Geschenk. Sie sind angeblich krank, wenn eine Klassenfahrt ansteht. Sie wohnen in zu kleinen Wohnungen mit zu alten Möbeln. Sie verreisen nicht in den Ferien. Bei dieser Liste geht es also nicht um das neueste Smartphone und die tollsten Klamotten.

Mehr als jeder fünfte unter den 18-jährigen in Deutschland wächst in Armut auf. Davon sind nicht nur diejenigen betroffen, bei denen mindestens ein Elternteil Arbeitslosengeld bekommt, sondern auch Kinder von einkommensarmen Familien. Für zwei Drittel

der Betroffenen ist dies sogar ein dauerhafter Zustand. Die Situation für Kinder und Jugendliche wird durch die Coronakrise noch verschärft.

Die wirtschaftlichen Folgen der Krise treffen arme Familien und diejenigen im unteren Einkommensbereich besonders hart. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder als Minijobber und gehören deswegen zur Gruppe, die als erste ihre Jobs verlieren oder wenig oder gar kein Kurzarbeitergeld erhalten.

Auswirkungen: Rund ein Viertel der Betroffenen kann sich beispielsweise nicht ab und zu neue Kleidung kaufen, 20 Prozent erhalten aus finanziellen Gründen kein Taschengeld, viele haben keine Vereinsmitgliedschaft und kommen nicht aus ihrem Umfeld heraus. Sie haben geringere Bildungschancen.

Verantwortlich dafür sind die Politiker, die Eltern der Kinder in unsicheren schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen belassen.

Alles wie gehabt ?

Am Terminal 3 wird feste weiter gebaut, man erwartet schließlich die Billigflieger der Zukunft.

Die Autobahnabfahrt wird gerade durch den ehemaligen Wald betoniert. Morgens ab fünf Uhr werden wieder Leute wach, wenn die Flieger den „Ballermann“ beliefern.

Vor der Corona-Pandemie war die Belastungssituation der Menschen im Flughafenumland durch den ständig steigenden Flugbetrieb und die zahlreichen Ausnahmeregelungen insbesondere für Billigflieger in der Zeit der Betriebsbeschränkung von 23 bis 5 Uhr teilweise unerträglich und krankmachend. Die Chance ist bald vertan, die Pandemie zu nutzen, um ein neues Mobilitätskonzept zu entwickeln und den Flugverkehr aus Klimaschutzgründen radikal zu reduzieren. Genau aber das ist notwendig. Jetzt hat der Klimaschutz an erster Stelle zu stehen. Die Zukunft des Fliegens muss überdacht werden!

Gute Idee

Donald Trump plant Truppenabzug aus Deutschland. Viele Politiker der CDU/CSU, der FDP, der SPD und der Grünen protestieren. Manche Bürgermeister weinen regelrecht: „die haben bei uns die Brötchen gekauft! Unser Geschäftswelt vor Ort steht vor dem Bankrott“. Alles Blödsinn! Sollen sie doch die Kasernen für Wohnungen herrichten und die Truppenübungsplätze aufforsten!

Sollen sie doch abziehen! Die Bundesrepublik Deutschland hat im vergangenen Jahrzehnt fast eine Milliarde Euro für die Stationierung des US-Militärs im Land ausgegeben. Das sollte man sich auch merken!

Nach der „Wiedervereinigung“ musste in der DDR die sowjetische Armee alles räumen. Wir im Westen haben noch über 38.000 US-Soldaten auf zahlreichen Stützpunkten - sie lagern auch noch Atombomben in der Eifel. Trump will sein Erdgas bei uns verkaufen. Jetzt ist er beleidigt, wenn Deutschland mit Hilfe Russlands eine Erdgas-Leitung durch die Ostsee legen lassen will. Trump erpresst: Er will strafen, indem er die Soldaten abzieht und nach Polen verlegt. Wir sagen: Soldaten nach Hause und nehmt die Atomwaffen gleich mit.

Nix Neues

Gerade gefunden:

„Ziel der Tyrannei ist es, die Bürger in den Ruin zu treiben. Dazu werden hohe Steuern erhoben, das Vermögen der Bürger vereinnahmt und Großbauten errichtet, die die Staatskassen leeren.“

Aristoteles
im Jahre 384
vor unserer Zeitrechnung

BLICKPUNKT

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP),
Mörfelden-Walldorf
Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler,
Hochstraße 22, Mörfelden
RudiH@dcp-mw.de / www.dcp-mw.de

Fraktion vor Ort

Die Stadtverordnetenfraktion der DKP/LL informiert

Die Gärten im See dürfen nicht zubetoniert werden

Wir haben mehrmals darüber berichtet und mit Plakaten darauf verwiesen: Man überlegt bei der Stadt, das Kleingartengelände „Im See“ für die Bebauung freizugeben. Eine entsprechende „Machbarkeitsstudie“ wurde jetzt von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Die DKP/Linke Liste ist gegen diese Bebauung. Das Gartengelände hat eine immer wichtiger werdende Bedeutung. Die Kleingärten sind heute bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr begehrt. Sie sind kleine ökologische Nischen, die man nicht leichtfertig zubauen darf.

Wir sind eine kleine Stadt, aber sie braucht zunehmend „Grüne Lungen“. Der Klimawandel, die Jahre extremer Trockenheit mit ungeheuren Schäden haben uns vor Augen geführt, wie begrenzt die natürlichen Ressourcen sind.

... und Corona mit „Eingesperrtsein“ hat jetzt viele Menschen zu Gartenliebhabern gemacht.

Die DKP/LL-Fraktion möchte sich mit Anliegern, Kleingartenbesitzern und -Pächtern treffen. Wir informieren über die Pläne und wollen uns mit den Gartenfreunden beraten, wie die „See-Gärten“ gerettet werden können.

Treffpunkt: Samstag, 8. August 2020 um 14.00 Uhr, an der Einfahrt zur Seegasse („Sattler“).

Ohne Kommentar

Die DKP/LL bekam vom Ordnungsamt eine Mahnung:

„Es wurden von Ihnen im Bereich des Gebietes ‚Im See‘ Stellschilder aufgestellt. Dies bedarf einer Sondernutzungserlaubnis. Eine Beantragung hierfür ist bisher nicht erfolgt. Ich fordere Sie daher auf die Stellschilder bis zum 09.06.20 zu entfernen. Sollten die Stellschilder bis zu diesem Zeitpunkt nicht entfernt worden sein, wird die Entfernung über den städtische Bauhof veranlasst und ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.“

Die Schilder wurden entfernt. Wir werden uns neue genehmigen lassen und wieder aufstellen.

Eine „blickpunkt“-Leserin telefonierte mit dem Ordnungsamt. Uns schrieb sie:

Danke für die Auskunft

Offenbar weht ein neuer Wind im Ordnungsamt. Die Protestschilder gegen die Bebauung des Sees wurden kurzerhand entfernt. Und eine telefonische Anfrage, wie lange die Markierungsarbeiten auf der Langener Straße und das damit verbundene Halteverbot voraussichtlich dauern werden, wurde beantwortet mit dem Satz: Bis es fertig ist. Das war das Ende des Telefonats.

Wir haben in den letzten Monaten viele Spenden erhalten. Sie helfen, das Projekt „blickpunkt“ weiterzuführen. Danke!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419**